

Verleger: Julius & Co., Guss, Leopold, Ant. Mezel, Rudolf Mosse, Jul. Tenzler, Ludwig Högyl, Jos. Schwarz. Generalvertretung des Posters Lloyd für Österreich und das gesamte Ausland: E. Oakes Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 15. — Auch alle anderen renommierten Inseratenbüros in Österreich wie im Ausland übernehmenden Anzeigen für den Posters Lloyd.
Einzelne: Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.
Redaktion und Administration: V. J. Maria Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

und königlichen Majestät Kaiser Wilhelm II. auch im Hauptquartier Sr. Majestät erschienen bin.

Mit patriotischer Freude kann ich über den ebenso huldvollen, wie warmen Empfang Bericht erstatten, den Se. Majestät der Kaiser und König in meiner bescheidenen Person dem Vertreter der ungarischen Nation zuteil werden ließ. (Lebhafter Beifall.)

Allein mit patriotischem Stolz muß ich auch über die sympathische öffentliche Stimmung und die unerschütterte Anerkennung berichten, die ich bei den führenden Faktoren des öffentlichen Lebens des Deutschen Reiches für die ungarische Nation wahrzunehmen die Ehre hatte, sowie über die ähnliche Auffassung, die sich bei den Völkern der übrigen verbündeten Staaten herausgestaltet hat und von der ich mich bei der Fühlungnahme mit den Parlamentspräsidenten überzeugen konnte. (Lebhafte Ejzenrufe auf beiden Seiten des Hauses.)

Ich für meine Person war der Dolmetsch jener aufrichtigen Hochachtung und innigen Eintracht, von der die ungarische öffentliche Meinung gegenüber den mit uns im Bündnis stehenden Völkern durchdrungen ist. Auch habe ich es nicht unterlassen, jener unerschütterlichen Bundesstreue und jener vollen Entschlossenheit Ausdruck zu verleihen, von der wir innerlich gegenüber unseren treuen Bundesgenossen, andererseits angesichts der gegen unsere nationale Existenz gerichteten Absichten unserer Feinde erfüllt sind. (Lebhafter Beifall und Applaus auf beiden Seiten des Hauses.)

Die vom Abgeordneten Ernst Brödy signierte Petition des Landesvereins der weiblichen Beamten in Angelegenheit der Ausdehnung des Wahlrechtes auf die Frauen wird an den Petitionsausschuß gewiesen.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Verhandlung des Gesetzentwurfes über die Ergänzung des G.-L. IV. 1916 betreffend die Ausnahmeverfügungen für den Fall des Krieges.

Abgeordneter Graf Albert Apponyi

lehnt den Gesetzentwurf auf Grund der bisher durch die oppositionellen Redner vorgebrachten Argumente ab, namentlich aber deshalb, weil er die im § 1 enthaltene Erweiterung der diskretionären Gewalt der Regierung in dieser Ausdehnung keineswegs billigen könnte. Indessen will er sich nicht mit den allgemeinen Verfügungen des Gesetzentwurfes befassen, auch nicht mit den sozialpolitischen Fragen, die der Berichtstatter und die Abgeordneten Josef Székely und Ernst Brödy in wohlthätig anerkannter Weise erörtert haben, sondern ausschließlich mit der Frage des Mutter- und Kinderschutzes. Auch die Abgeordnete Székely und Ernst Brödy haben über diese Frage ein sehr anschauliches Bild entworfen. Redner will dieses Bild mit einigen Zügen ergänzen. Diese Frage bildet eines der wichtigsten Probleme in allen Ländern, namentlich aber in einem Lande, wo auf diesem Gebiete leider sehr traurige Zustände herrschen. Redner hat bereits in einer Rede im Vorjahre eingehend ausgeführt, daß die Geburten bei uns abnehmen, dagegen die Säuglingssterblichkeit stationär sehr hoch sei. Dieses bedauerliche Uebel wurde durch den Krieg nur gesteigert, und zwar auch aus Gründen, die mit dem Kriege nicht im Zusammenhang stehen. Die Abnahme der Geburten während des Krieges ist eine unerläßliche Folge der Moral und es wäre ein trauriges Symptom für das moralische Leben der ungarischen Nation, wenn dies nicht der Fall wäre. Redner will einige statistische Daten anführen. Im Jahre 1914 betrug die Zahl der Geburten in Ungarn 680.407, was dem normalen Durchschnitt entspricht, der sich auf 680.000 bis 690.000 beläuft. Die Zahl der Sterbefälle betrug im Jahre 1914 im ganzen Lande 435.433, so daß die Zunahme der Bevölkerung etwa 200.000 Personen betrug. Dies entspricht dem normalen Bild.

Im Jahre 1915 verminderte sich die Zahl der Geburten auf 423.000, während die Zahl der nicht militärischen bürgerlichen Sterbefälle sich auf 469.902 erhöhte. Demnach ergab sich schon im ersten Jahre des Krieges, abgesehen von den Verlusten auf dem Kriegsschauplatz, in der Populationsbewegung ein Minus von 36.000 Köpfen. Dieses Minus erhöhte sich im Jahre 1916 auf 80.000, da die Zahl der Geburten annähernd nur 280.000, die der Sterbefälle 370.000 betrug. Die Säuglingssterblichkeit im Jahre 1914 betrug 19,7 Prozent, was leider dem Durchschnitt der letzten Jahre entspricht. Dieser Prozentsatz erhöhte sich im Jahre 1915 auf 26,4 Prozent; im Jahre 1916 trat eine kleine Besserung ein, indem der Prozentsatz auf ungefähr 23 Prozent sich verminderte. Wir sehen daher dem Symptom gegenüber, daß bei uns während des Krieges die Zahl der Geburten bedeutend abgenommen, der Prozentsatz der Säuglingssterblichkeit aber zugenommen hat. In Deutschland ist das letztere nicht eingetreten. Denn die Regierung des Deutschen Reiches hat im Verein mit den Regierungen der deutschen Bundesstaaten sehr einschneidende Verfügungen getroffen, durch die erreicht wurde, daß die Sterblichkeitsziffer der Säuglinge sich sogar vermindert hat. Dieses Ergebnis ist eine Folge des systematischen Kampfes, den die deutsche Regierung in erhöhtem Maße während des Krieges gegen die Säuglingssterblichkeit führt. Auch wir dürfen die Hand nicht in den Schoß legen. Worauf können wir die Zunahme der Säuglingssterblichkeit zurückführen? Zunächst auf den Ärztemangel, infolgedessen zahlreiche Geburten ohne ärztliche Hilfe erfolgen und auch die Säuglinge nicht ärztlich behandelt werden können. Dieses Uebel hängt mit dem Krieg zusammen und wir können es infolgedessen nicht ganz beseitigen. Die Hauptursache der Säuglingssterblichkeit ist indessen der Mangel an Nahrungsmitteln. Von allen Seiten, von Ärzten und von anderen zuständigen Faktoren ging dem Redner die Mitteilung zu, daß gerade diejenigen, die am ehesten der Milch bedürfen, kein entsprechendes Quantum erhalten können, während andere, bei denen die Milch eine angenehme und gesunde Ergänzung der übrigen Nahrungsmittel bildet, die aber die Milch nicht zur Lebenserhaltung benötigen, Milch in großer Menge konsumieren.

Redner weiß, daß die Lösung dieser Frage infolge der Verminderung der Milchproduktion auf große Schwierigkeiten stößt. Dieser Umstand bildet eine Ursache mehr dafür, daß wir mit der Milch ökonomischer und rationeller umgehen und das zur Verfügung stehende Milchquantum vor allem denen zuführen, die der Milch zur Lebenserhaltung bedürfen. (Lebhafte Zustimmung), der stillenden Mutter und dem Kind bis zum zweiten Lebensjahr. Schon vor zwei Jahren, zu Beginn des Krieges, hat Redner die Aufmerksamkeit der Regierung auf die Notwendigkeit der Requirierung der Milch gelenkt und darauf hingewiesen, daß es nicht angehe, daß die Milchproduzenten über die Milch in unumschränkter Weise verfügen. In der letzten Zeit sind wohl einige Verfügungen im Interesse der Milchfrage, namentlich durch die Einschränkung des Milchkonsums in den Kaffeehäusern der Städte, getroffen worden. Allein einschneidende Maßnahmen, die sich auf das ganze Land erstrecken, und auf Grund deren die Regierung betreffs der Milch und ihrer Verteilung an diejenigen verfügt, die ihrer am ehesten bedürfen, sind nicht vorhanden. Man beruft sich auf technische Schwierigkeiten, die die Durchführung dieser Maßnahmen hemmen. Allein die ganze soziale Wirtschaft, auf die wir jetzt angewiesen sind, ist schwer durchzuführen, und Redner ist überzeugt, daß auch diese Frage nicht unlösbar sei. (Zustimmung.) Es kann festgestellt werden, daß die Lage auf diesem Gebiete in der letzten Zeit sich ein wenig gebessert hat. Es ist dies der im Jahre 1916 eingeleiteten und energisch geführten Aktion zugunsten des Mutter- und Säuglingschutzes zu danken. Dies genügt jedoch nicht und wir müssen dringender, ohne Zeit zu verlieren, die bestehenden Uebel beseitigen. (Lebhafter Beifall.) Zu den brennendsten Problemen auf diesem Gebiete gehört die Unterstützung der schwangeren und stillenden Frauen, mit der man in Deutschland außerordentliche Ergebnisse erzielt hat. Eine radikalere Lösung ist ferner nicht denkbar als durch die allgemeine, obligatorische Mutterschaftsversicherung im Rahmen der allgemeinen Krankenversicherung, an der jede Person beteiligt sein muß, die darauf angewiesen ist. (Lebhafte Zustimmung auf beiden Seiten des Hauses.) Einen Teil dieser Kosten müssen diejenigen tragen, die zur Arbeitsbevölkerung gehören. Der Minister des Innern hat sich sehr warm über diese Frage geäußert, doch zugleich erklärt, er könne die Verantwortung dafür nicht übernehmen, daß der Staat diese großen Kosten tragen könne. Bei der Durchführung eines strategischen Planes während des Krieges kann die Regierung keineswegs mit diesem Argument auftreten. Dies ist ganz richtig. Wenn es gilt, für unsere Existenz einen Kampf auf Leben und Tod zu führen, müssen wir die hierzu notwendigen Mittel unbedingt beschaffen. Redner ist der festen Überzeugung, daß wir in diesem Kampf auf Leben und Tod vergeblich alle Opfer bringen und vergeblich liegen werden, wenn wir auf dem Gebiete der Reorganisation unserer angegriffenen Population mit den übrigen Staaten nicht Schritten halten und die entstandenen großen Lücken nicht ausfüllen können. (Lebhafte Zustimmung links.) Absolute Verfügungen auf diesem Gebiete bilden einen ebenso entschiedenen kategorischen Imperativ, wie die Herbeischaffung der Mittel für die Durchführung unserer strategischen Pläne. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir können diese vitale Frage nicht lösen, ohne die obligatorische Organisation der Mutterschaftsversicherung. Denn der Säuglingschutz beginnt beim Schutz der Mutter. Wenn wir erreichen wollen, daß unsere Frauen instande sein sollen, uns mit mehreren gesunden Kindern zu beschenken, müssen wir Sorge dafür tragen, daß ihr Organismus nicht bei der Geburt des ersten Kindes vernichtet werde. Eine Hauptursache für die große Sterblichkeitsziffer der Säuglinge sind eben die außerordentlich primitiven und unangenehmen Verhältnisse, unter denen bei einem großen Teil der ärmeren Schichten unserer Bevölkerung die Geburten stattfinden gehen. Erfolgen die Geburten nicht unter günstigeren Verhältnissen, so können wir nicht jenen gesunden, kraftvollen Ueberflus erhalten, dessen wir unbedingt bedürfen, um die durch den Krieg verursachten Wunden zu heilen. (Lebhafte Zustimmung.) Redner wird in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, das Gesuch des Stefania-Bundes, an dessen Spitze er steht (Lebhafte Ejzenrufe links), betreffend die obligatorische Einführung der Mutterschaftsversicherung zu unterbreiten. Er wird dafür sorgen, daß jeder Abgeordnete dieses Gesuch, das von einem hervorragenden Fachmann ausgearbeitet und mit Daten reichlich versehen worden ist, erhält. Er bittet die Abgeordneten, dieses Gesuch einer gründlichen Erwägung zu unterziehen und dazu beizutragen, eine öffentliche Meinung zu schaffen, deren wir bedürfen, um von allen Faktoren, von der Regierung, der Gesetzgebung und der Gesellschaft zu fordern, daß sie in dieser Frage ihre Pflicht erfüllen. Denn die Zukunft unserer Nation hängt eben von der richtigen Lösung dieser Aufgabe, wie von der günstigen Gestaltung der Kriegslage ab. (Lebhafter Beifall und Applaus.)

Abgeordneter Bela Földes

benedict den Gesetzentwurf vom Gesichtspunkte der Volksvermehrung. Der deutsche Reichstag hat zur Erörterung dieser Fragen einen Ausschuss entsendet, der sich bereits eingehend mit der Behinderung der Verbreitung der venerischen Krankheiten befaßt. Die erste radikale Folge war die Einführung des Anmeldepflichts bei Geschlechtskrankheiten, so daß die Unterlassung der Anmeldung mit Strafen belegt wird. Redner bespricht hierauf die einzelnen Paragraphen des Entwurfes, der eine Annulierung der Ausnahmeverfügungen enthält. Der erste Paragraph fordert weitgehende Befugnisse für die Regierung, die zumindest eine entsprechende Orientierung des Hauses voraussetzt. Von besonderer Bedeutung ist der § 2, der den Komplex der Sozialpolitik umfaßt. Zu Beginn des Krieges herrschte allgemein die Befürchtung, daß ein großer Mangel an Arbeitsgelegenheiten eintreten werde; in der Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall; wir stehen heute viel eher einem Arbeitermangel gegenüber. Ein besonderer Nachteil bestand darin, daß während des Krieges die sozialen Ver-

Kriegslage des Reichstages.

Eine Debatte über die kriegerische Sozialpolitik.

Budapest, 26. Januar.

Vizepräsident Elemér v. Simontsits eröffnete heute die Sitzung des Abgeordnetenhauses mit erfreulichen Mitteilungen über die Ergebnisse und Ergebnisse der Berliner Zusammenkunft. Das Haus nahm diesen Bericht mit lautem Beifall entgegen.

In der fortgesetzten Debatte über die Vorlage betreffend die Ergänzung des Gesetzes über die Ausnahmeverordnungen sprach als erster Redner Graf Albert Apponyi. Seine Rede brachte ernste, wertvolle Ausführungen über die Aufgaben unserer Bevölkerungspolitik, von deren günstigen Ausgestaltung Zukunft und Bestand unseres Staates abhängig sind. Was Graf Apponyi heute über die längst fälligen Aufgaben der Mutterschaftsversicherung und des Säuglingschutzes sprach, verdient unbedingte Zustimmung und warmste Propaganda, ist ein Stück des Existenzproblems unseres Volkes.

Es folgte eine Rede des Abgeordneten Bela Földes, die Fragen des Arbeiterschutzes, namentlich der Arbeiterversicherung erörterte. An einer Reihe von Bildern der ausländischen Arbeiterversicherung zeigte Abgeordneter Földes die Reformbedürftigkeit unserer eigenen Einrichtungen.

Abgeordneter Alexander Pető bekämpfte die Mängel des beschleunigten Gerichtsverfahrens. Dann galten die Ausführungen dieses Redners den Arbeiterversicherungsfragen, wobei er die Eingliederung der landwirtschaftlichen Arbeiter in das Versicherungswesen fordernde und sehr einleuchtend begründete.

Um halb 2 Uhr ergriff Abgeordneter Géza Bölonyi das Wort. Er richtete scharfe Angriffe gegen den § 1 der Vorlage, den er als Mißbrauch aller Rechtsgrundlagen bezeichnete.

Um 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Elemér Simontsits eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Ladislaus Almásy, Paul Székely, Solomon Szófia.

Auf den Ministerbänken: Graf Tiba, Telekhy, Sándor, Balogh, Baron Gyllány, Baron Sarkányi, Baron Kossner, Siedeghóthy.

Vizepräsident Elemér Simontsits:

Ich melde dem geehrten Hause, daß ich an der Zusammenkunft der Präsidenten der Parlamente der verbündeten Staaten, die auf Initiative des Präsidenten des deutschen Reichstages in der Zeit vom 19. bis 24. d. M. in Berlin stattgefunden hat, in Vertretung des Präsidiums des ungarischen Abgeordnetenhauses teilgenommen habe, bei welchem Anlasse ich infolge der huldvollen Einladung Sr. Kaiserlichen